

Insel der Glückseligen

Dennoch muss das Schweizer Erfolgsmodell überholt werden.

Reiner Eichenberger

Die Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. Im internationalen Vergleich war sie schon vor 1850 reich, wurde danach schnell noch reicher und liegt heute bei den meisten Erfolgsindikatoren fast oder ganz an der Spitze. Beispiele sind hohe Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Exporterfolge, Währungsaufwertung, Lebenserwartung, Zuwanderung und Zufriedenheit der Bevölkerung, hohe Qualität von Infrastruktur, Bildung und Gesundheitswesen sowie tiefe Staatsverschuldung, Steuerbelastung der Normalbürger und Ungleichheit der Markteinkommen. Das gilt auch im Vergleich mit den Nachbarländern. So ist das Bruttoinlandprodukt pro Kopf in der Schweiz gemäss IMF-Daten bei Umrechnung zu laufenden Wechselkursen um 90 und 176 Prozent höher als in Deutschland und Italien und bei Berücksichtigung des hohen Preisniveaus um 34 und 77 Prozent.

Wahre Erfolgsrezepte

Für solche Erfolge muss die Politik in der Schweiz besser funktionieren als andersorts. «Die Politik» ist aber nichts anderes als der Markt für politische Dienstleistungen. Da tauschen die Parteien und Politiker als Anbieter mit den Interessengruppen und Bürgern als Nachfragern politische Dienstleistungen gegen Wählerstimmen, Parteispenden und Schlimmeres. Wie in wirtschaftlichen Märkten spielen Eigennutz sowie Ressourcen- und Informationsunterschiede zentrale Rollen.

Entsprechend kommt dem politischen Wettbewerb grosse Bedeutung für den Schutz der normalen Bürger zu. Der politische Wettbewerb spielt in verschiedenen Dimensionen: zwischen Politikern und Parteien um die Regierungsmacht (repräsentative Demokratie) und einzelne Politikmassnahmen (direkte Demokratie), zwischen Gebietskörperschaften (Föderalismus und Dezentralisierung) und zwischen verschiedenen gewählten politischen Gremien. In all diesen Dimensionen zeichnet sich die Schweiz durch besonders effektive und originelle Lösungen aus.



Wer bewahrt den Wohlstand?

Bekannt ist die Schweiz für ihre stark ausgebaute direkte Demokratie und sehr weitgehende Dezentralisierung. Beides sind wirkungsvolle Generatoren politischer Information und Kontrolle durch ernsthaften Diskurs, Abwanderungs- und Vergleichsmöglichkeiten. Weniger bekannt sind die Schweizer Erfolgsrezepte in den anderen zwei Wettbewerbsdimensionen.

Anders als international üblich, werden in allen Schweizer Kantonen und Gemeinden alle Regierungsmitglieder (zumeist 5 bis 9) direkt vom Volk gewählt, und das zumeist im Mehr-

Das Bevölkerungswachstum und damit die Zuwanderung muss klug gelenkt werden.

heitsverfahren und in Gesamtwahlkreisen, also jeweils im ganzen Kanton oder in der ganzen Gemeinde statt wie die Parlamentarier in lokalen Wahlkreisen. Dieses System gibt allen Politikern, die in die Regierung wollen, starke Anreize, sich tendenziell in der Mitte des politischen Spek-

trums zu positionieren und Gesamtinteressen zu berücksichtigen. Die Parteien können die Wahlchancen ihrer Kandidaten steigern, indem sie die Kandidatenzahl senken, so dass sie sich nicht gegenseitig kannibalisieren. Deshalb stellt jede Partei nur wenige Kandidaten auf, so dass die Wähler gezwungen sind, ihre Stimmen auf Kandidaten verschiedener Parteien zu verteilen. Das Ergebnis sind dann die für die Schweiz typischen Konkordanzregierungen, deren Mitglieder aus allen grösseren Parteien kommen, aber trotzdem gut zusammenarbeiten können, eben weil sie durch das Mehrheitswahlverfahren «eingemittelt» werden. Zwischen den Regierungsmitgliedern herrscht ein machtfreier Diskurs, die Präsidentschaft kann zwischen ihnen rotieren, und sie entscheiden mit Mehrheit, was eine weitere Einmischung der Politik zur Folge hat.

Dieses Wahlsystem bringt gute Entscheidungen und hohe Stabilität, und es befruchtet den Föderalismus. Parteilich ausgewogen und ähnlich zusammengesetzte Regierungen können besser kooperieren und konstruktiver konkurrieren als sehr unterschiedlich zusammengesetzte.

Politischer Wettbewerb ist oft destruktiv. Die Opposition verdammt alles, was die Regierungsmehrheit vorschlägt. Der Grund dafür ist, dass die Opposition von den Wahlverlierern gebildet wird. Diese wollen aber selbst an die Regierungsmacht, müssen also die Politik der Regierung möglichst torpedieren und blockieren. Eine theoretische Lösung dieses Problems wäre, die Opposition unabhängig zu wählen.

Dafür haben die Schweizer Gemeinden eine weltweit einmalige Praxis entwickelt. In allen Gemeinden mit einer Gemeindeversammlung statt eines Parlaments als Legislative wählen die Bürger neben der Regierung auch ein Kritik- und Kontrollgremium, sogenannte Rechnungsprüfungs-, Finanz- oder Geschäftsprüfungskommissionen. Sie sollen die Vorschläge der Regierung analysieren und kritisieren und den Bürgern Abstimmungsempfehlungen geben – dürfen aber nichts selbst entscheiden. Weil ihre Mitglieder normalerweise wieder in die Kritikkommission und nicht in die Regierung gewählt werden wollen, haben sie anders als normale Oppositionspolitiker Anreize, konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Projekte der Regierung vorzubringen, woraus sich ein viel ernsthafterer und glaubwürdiger politischer Diskurs als in Parlamenten ergibt.

Der grosse Erfolg der Schweizer Institutionen droht unterlaufen zu werden. Erstens lässt er die Effizienz sinken. So sind in der Schweiz im weltweiten Vergleich das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und der öffentliche Verkehr angeblich hervorragend. Doch dafür diese Bereiche, gemessen am Bruttoinlandprodukt, etwa gleich viel oder sogar mehr wie sonst in Europa ausgegeben wird, aber gleichzeitig das Bruttoinlandprodukt pro Kopf viel höher ist, sind die Ausgaben in Franken pro Kopf ebenfalls viel höher.

Oder nett gesagt: Die Schweiz hat keinen schlanken, sondern einen ausserordentlich robusten Staat. Somit ist es schwierig, zu beurteilen, ob die Erfolge auf guter Politik und einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis be-

ruhen oder nur darauf, dass sehr viel mehr Mittel aufgewendet werden.

Zweitens können Politiker versuchen, die ihnen durch die guten Schweizer Institutionen gesetzten Restriktionen durch internationale Absprachen und Abkommen mit Vorgaben für die nationale Politik zu unterlaufen. Dabei wird zuerst die internationale Zusammenarbeit und dann die Verfolgung der international festgelegten Ziele als alternativlos dargestellt.

Wohlstandsbewahrende Institutionen

Drittens nimmt die Personenfreizügigkeit den Bürgern die Anreize, für einen möglichst attraktiven Standort und die Weiterentwicklung der Institutionen einzustehen. Denn bei Personenfreizügigkeit führt jede Attraktivitätssteigerung der Schweiz zu mehr Zuwanderungsdruck und Bevölkerungswachstum und so zu Überfüllungseffekten und überproportionalen Kostensteigerungen durch Verknappung und Verteuerung von Land, Wohnraum, Infrastruktur, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen, wodurch für die grosse Mehrheit der Bürger die Lebensqualität sinkt.

Wenn die Schweiz ihren Einwohnern auch in Zukunft besonders hohen Wohlstand bieten soll, muss sie wohlstandsbewahrende Institutionen schaffen. Dafür vertrete ich zweierlei: Zum einen muss ein kritischerer Blick auf die Effizienz der öffentlichen Leistungen und die Entwicklung von Alternativen für «alternative Politik» institutionalisiert werden. Dafür sollen auf Bundesebene und in den Kantonen Gegenvorschlagskommissionen nach dem Vorbild der kommunalen Rechnungsprüfungskommissionen eingerichtet werden. Ihre Mitglieder sollten vom Volk im Majorzverfahren in einem gesamtschweizerischen Mehrpersonenwahlkreis gewählt werden. Diese Kommissionen hätten die Aufgabe, Kritik an den Vorschlägen von Regierung und Parlament zu äussern und konkrete Gegenvorschläge zu entwickeln. Die Bürger stimmen dann über die Vorschläge des Parlaments und der Gegenvorschlagskommission sowie den Status quo ab.

Zum anderen muss das Bevölkerungswachstum und damit die Zuwanderung klug gelenkt werden. Das beste Mittel dafür ist eine auf ein paar Jahre begrenzte Aufenthaltsabgabe für Neuzuwanderer. Die Zuwanderung soll möglichst frei von bürokratischen Hindernissen sein, aber sie muss einen angemessenen Preis erhalten. Nur so wird die bisherige Bevölkerung dafür einstehen, dass die Schweiz ein besonders attraktiver Standort bleibt.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von Crema – Center for Research in Economics, Management and the Arts.



INSIDE WASHINGTON

Trumps Musterschüler

Vor Donald J. Trump war Floridas Gouverneur Ron DeSantis ein nichtsagender, netter Kongressabgeordneter aus Südfloida, der zwei Amtszeiten hinter sich hatte, einen blauen Anzug und eine republikanische rote Krawatte trug. Nach Donald J. Trump wurde aus dem Irakkrieg-Veteranen mit Abschlüssen der Yale University und der Harvard Law School einer der glühendsten und heute erfolgreichsten Vertreter von Trumps Losung «Make America Great Again».

In der Zeitung *The Hill* warnt ein prominenter republikanischer Kampagnenberater, auf den ersten Blick sehe es so aus, als sei es klar, dass Trump von den Republikanern für die Präsidentschaftswahl 2024 nominiert werde, aber «wenn man in den Zahlen gräbt, dann hat er die Nominierung der Grand Old Party keineswegs in der Tasche. Viel mehr Schwung hat zurzeit Floridas Gouverneur Ron DeSantis.» Der ehemalige Immobiliencoon und spätere US-Präsident steht bei Republikanern zwar nach wie vor hoch im Kurs, doch laut Umfragen hinsichtlich der Vorwahlen holt DeSantis stetig auf. Der Politiker aus Florida führt heute das Feld potenzieller Trump-Rivalen an, zu denen auch der ehemalige Vizepräsident Mike Pence gehört.

Auch was die Kampagnengelder betrifft, wird er es seinem ehemaligen politischen Wohltäter nicht einfach machen: Es wird fest damit gerechnet, dass der 43-Jährige im November als Gouverneur wiedergewählt wird, und dank Spenden prominenter Trump-Befürworter befinden sich in seiner Kriegskasse bereits über hundert Millionen Dollar. Weshalb Trump immer mal wieder verlauten lässt: «Ich war sehr verantwortlich dafür, dass er gewählt wurde.» Nachahmung, sagt man, sei die ehrlichste Form der Schmeichelei. DeSantis ist ein Musterschüler.

Amy Holmes



Keine Angst, das ist Billy the Cat!
Er will nur schmusen...